

**Selbstbestimmt Leben Steiermark – Beantwortung des Fragenkataloges durch den freiheitlichen Behindertensprecher und Dritten Nationalratspräsidenten Ing. Norbert Hofer**

- 1) Kein Bundesthema, daher Bitte um Antwort aus dem FPÖ-Landtagsklub in der Steiermark.
- 2) Kein Bundesthema, daher Bitte um Antwort aus dem FPÖ-Landtagsklub in der Steiermark.
- 3) Die Ergebnisse der Staatenprüfung Österreichs zur Umsetzung der UN-Konvention haben die FPÖ-Kritik an der österreichischen Behindertenpolitik bestätigt. Die unsoziale Politik dieser Bundesregierung lässt sich am Fall eines autistischen Buben aus Neulengbach beschreiben. Die Mutter des Buben hat sich hilfesuchend an mich gewandt. Die Integrationsklasse wurde aufgelöst und er musste die Sonderschule besuchen. Trotz Entgegenkommens des Direktors und der Lehrerin der neuen Schule verläuft der Bildungsweg des Buben auch weiterhin nicht problemlos, die Behörden haben die Eltern wegen der Finanzierung der benötigten Stützkraft im Kreis geschickt. Das Sonderschulwesen ist ein österreichisches Spezifikum, das schnellstens reformiert werden muss. Eine Sonderschule kann niemals die Regel, sondern nur eine absolute Ausnahme sein.
- 4) Das höchste Gut für Menschen mit Behinderung ist das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben. Das Pflegegeld wirkt hier unterstützend. Wir fordern daher seit Jahren in Form von parlamentarischen Initiativen eine automatische jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes an die Inflation. Mittlerweile beträgt die notwendige Anpassung für den Inflationsausgleich durchschnittlich über 30 Prozent. Auch die Freibeträge für behinderte Menschen wurden seit dem Jahr 1988 nicht erhöht und es liegt bereits ein Inflationsverlust von rund 60 Prozent vor. Gefordert ist daher eine automatische jährliche Wertanpassung der Freibeträge für behinderte Menschen.
- 5) Derzeit erbringen rund 20.000 Menschen mit intellektueller Beeinträchtigung in Tagesstrukturen von Behindertenorganisationen ihre Leistung, ohne dafür entsprechend entlohnt zu werden. Das Taschengeld variiert je nach Bundesland zwischen 50 und 150 Euro. Ich fordere seit Jahren mittels parlamentarischer Initiativen die sozialversicherungsrechtliche Absicherung für behinderte Menschen, die in Behindertenwerkstätten arbeiten, das muss endlich umgesetzt werden.
- 6) b